

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten  
Gesamtausgabe 28 241  
Ausgabe für Nachgelese: 2001.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei möglichster Ausnutzung monatlich M. 25,-, aber durch die Post bei täglich zuverlässigem Versand monatlich M. 45,-.  
Die Spätsch. 32 um dreie Zelle M. 9,- außerhalb Sachsen M. 11,-. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, Heilige See- und Verkauf 25% Nachl. Vorzugssch. laut Tarif. Auswärts Abreise gegen Herausgabeabzahlung. Einzelnummer M. 2,- Sonntagsausgabe M. 3,-.

Geschäftsräume und Sammelgeschäftsstellen:  
Marienstraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Stepić & Reichardt in Dresden.  
Postleitz.-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) gestattig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht entbebtet.

## Herabsetzung der Reparationen?

### Ein englischer Vorschlag.

London, 19. Juli. Neuer meldet aus Neuport: Hier ist ein Bericht eingetroffen und von verschiedenen Blättern veröffentlicht worden, wonach Großbritannien die Herabsetzung der Reparationen vorschlägt und gleichzeitig angeboten habe, auf die ihm geschuldeten Summen zu verzichten.

Bisher ist dieser Bericht nicht bestätigt worden. Er hat aber die Aufmerksamkeit und Zustimmung einiger der führenden Blätter hervorgerufen. „Globe“ schreibt dazu: Mit einer bewundernswürdigen Tat hat Großbritannien das Gewebe von Haß und Selbstsucht zerissen, das Deutschland niederhält. Der Vorschlag ist eigentlich nur ein Ergebnis des gesunden Menschenverstandes; aber in dieser Atmosphäre des aufgepeitschten Nationalismus und blinder Nachpolitik, wie sie heute in Europa herrscht, wirkt dieser gesunde Menschenverstand wie eine Wohltat.

In einem Leitartikel der „World“ heißt es: Wenn die Franzosen das britische Angebot annehmen, daß die Reparationssummen derart vermindert werden, wie es die Sachverständigen Großbritanniens, Amerikas und der neutralen Länder für möglich halten, so gebührt England großes Lob. Hierdurch würde bewiesen, daß seine Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete die intelligenteste ist.

Die „Tribune“ sagt: Das Werk mag Frankreich einseitig erscheinen, indem bedient es einen Schritt nach außenwärts auf dem Wege zum Ausgleich der französischen und der britischen Interessen. Es erscheint geraten, daß Großbritannien Frankreich für die Revision des Versailler Vertrages entschädigt, wenn dies nicht nur Deutschland, sondern auch Großbritannien zum Ruhm gereicht. (W. T. B.)

### Weitgehende Zugeständnisse der Garantiekommision?

Berlin, 19. Juli. Die Zugeständnisse, die die Garantiekommision gegenüber ihren ursprünglichen Forderungen bezüglich der Finanzkontrolle und der übrigen finanziellen Fragen erhoben hat, werden uns von unterschiedlicher Seite als sehr weitgehend bezeichnet. Innerhalb der Regierung ist man der Auffassung, daß man auf den Grundlage, wie sie jetzt zwischen dem Garantiekomitee und der Reichsregierung vereinbart wurde, zum Ziel kommen werde. Man versteht sich allerdings nicht, daß in Paris zunächst wohl Einwendungen erhoben werden, hofft aber, daß schließlich auch dort die Einsicht siegen wird, daß eine Bekämpfung auf einem anderen Wege als dem von der Garantiekommision vorgeschlagenen nicht zu erreichen ist.

Dagegen melden Pariser Zeitungen, es sei zwischen der Reichsregierung und dem Garantiekomitee folgendes vereinbart worden:

1. das Garantiekomitee werde die gesamten Einnahmen Deutschlands kontrollieren und auch die Ausgaben, bevor diese vom Reichstag beschlossen werden sind. Es werde sie auch im Augenblick der Verwirklichung nachprüfen;

2. alle finanziellen und wirtschaftlichen Statistiken sollen dem Garantiekomitee zur Prüfung übergeben werden;

### Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 19. Juli. Die Versprechungen im Reichstage zwischen den Führern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei stellten erneut eine grundähnliche Vereinbarung der Parteien über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fest. Die Deutsche Volkspartei trat für die Einbeziehung der bürgerlichen Volkspartei ein, und es bestand auch Einigkeit darüber, daß der bürgerliche Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offen steht. Diese Partei verhandelt auf dem demnächst abzuhaltenen Parteitag darüber. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zu ihrer praktischen Auswirkung gelangen, wenn der Reichstag wieder verabschiedet sein wird. Eine offizielle Erklärung der drei bürgerlichen Parteien steht bevor. (W. T. B.)

### Ausschluß und Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 19. Juli. Der Reichstag abgeordnete Hennings hatte bei der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um gewisse gegen ihn schon seit langem erhobene Vorwürfe prüfen zu lassen. Der Untersuchungsausschuss ist zu seinem Ergebnis gelangt, daß gegen den Abgeordneten Hennings nichts vorliege, was ihn strafrechtlich belastet oder ehrenrührig erscheint, daß aber die Art seiner politischen Betätigung den Interessen der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand haben darauf die Erklärung abgegeben, daß ein weiteres Verbleiben Hennings in der Deutschnationalen Fraktionsgemeinschaft nur einst rechtseine. (W. T. B.)

Berlin, 19. Juli. Der frühere Reichsgerichtsrat und badische Justizminister Prof. Döring hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe seinen Austritt aus der Deutschnationalen Fraktion mitgeteilt. (W. T. B.)

### „Internationaler Schuh der deutschen Republik.“

Amsterdam, 19. Juli. Heute fand unter Leitung des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes die internationale Konferenz statt, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den Leitungen der Gewerkschaftsinternationale von London und der Zweiten Gewerkschaftsinternationale einberufen worden war. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Klimmen legte den Zweck der Konferenz in kurzen Worten auseinander, indem er erklärte: Die Lage in Deutschland habe die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu der Überzeugung gebracht, im Interesse des deutschen Proletariats und der Arbeiter aller Länder eine internatio-

nal. die deutsche Regierung sei verpflichtet, das Garantiekomitee fortlaufend über den jeweiligen Stand der schwelenden Schulden Deutschlands zu unterrichten.

### Baldige Entscheidung über das Moratorium.

Berlin, 19. Juli. In hiesigen diplomatischen Kreisen, die über die Verhandlungen der Garantiekommision und auch über ihre Forderungen unterrichtet sind, glaubt man, daß die Entscheidung der Reparationskommission über das deutsche Moratorium in nächster Zeit, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche, fallen werde. Die Garantiekommision habe den Eindruck gewonnen, daß die Frage des Moratoriums infolge der in den deutschen Wirtschaftskreisen herrschenden Nervosität sobald als möglich entschieden werden müsse.

### Verlängerung des Auswärtigen Ausschusses.

Wigner-Dreherbericht der Dresden. Nachrichten. Berlin, 19. Juli. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat sich nach kurzer Besprechung über die Forderungen des Garantiekomitees vertragen und wird seine Verhandlungen am Freitag wieder aufnehmen, um alsdann, wenn die Unterlagen gedruckt vorliegen, ernste Stellung zu nehmen.

Berlin, 19. Juli. Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Wagner, ist, wie wir hören, in Berlin eingetroffen. Seine Anwesenheit in Berlin dürfte mit dem Moratoriumsgefecht der Reichsregierung zusammenhängen.

### Amerika glaubt an Deutschlands guten Willen.

London, 19. Juli. Der „Daily Telegraph“ meldet aus New York, dort herrsche die Ansicht vor, daß Deutschland aufrecht münze, seien in Verpflichtungen nachzukommen und reichlich Beweise für das Beleben dieses Wunsches gegeben habe. Die Durchschnittsausstattung Amerikas sei die, daß die Völkung des Deutschen Problems offenbar in zwei Richtungen sich bewegen könne, entweder eine internationale Anleihe oder die Gewährung eines Moratoriums. In Amerika sei die Auffassung allgemein, daß Europa instande sein werde, die Zinsen seiner Schulden an Amerika zu bezahlen und eines Tages auch das Kapital.

### Schachmachei des „Temps“.

Paris, 19. Juli. „Tempo“ schreibt in einem Leitartikel nach einer Kritik des deutschen Finanzgebiets: Wenn es zur Durchführung der ersten finanziellen Reformen und zur Sicherstellung der Pfänder unbedingt notwendig erscheint, eine oder höchstens zwei monatliche Zahlungen Deutschlands aufzuschlieben, so wird es zweifellos am Platze sein, ihm ein ganz kurzes Moratorium zu gewähren. Aber der Aufschub der Zahlungen müste von der gleichzeitigen Durchführung der verlangten Reformen und von der Organisation einer mit allen notwendigen Vollmachten ausgestatteten Kontrolle abhängig gemacht werden. Ferner müßte die Reparationskommision im Laufe dieses ganz kurzen Zeitraumes eine etwaige Verpflichtung Deutschlands feststellen und diese Feststellung begründen. Wenn dann nicht sämtliche Verpflichtungen eingehalten würden, dann würden die alliierten Regierungen am besten kollektiv, wenn nötig aber auch einzeln, handeln.

nale Einheitsfront zur Unterstützung der deutschen Arbeiter zu bilden. Es ist notwendig, daß sofort Maßnahmen zum Schutz der deutschen Republik und zur Verhinderung aller monarchistischen und reaktionären Aufstände getroffen würden. Es ist auch notwendig, zu einer internationalen Vereinigung über eine Abänderung der territorialen Teile der Friedensverträge an zu gelangen, die daran schuld seien, daß die Reaktion in Deutschland viele neue Anhänger für ihre Agitation finde, und daß die Arbeiter in fast beinahe allen Ländern von wirtschaftlichen Elend betroffen würden. Die Leitungen der Zweiten Internationale und der Wiener Internationale erklärten sich bereit, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um gemeinschaftlich die Vorschläge zu verwirklichen. (W. T. B.)

### Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Rom, 19. Juli. Das Kabinett ist zurückgetreten. (W. T. B.)

Ministerpräsident Facta hielt in der Kammer eine Rede, in der er alle Parteien aufforderte, die Regierung in ihrem Bestreben zu unterstützen, das Leben und die Freiheit der Bürger mit allen verfügbaren Mitteln rücksichtslos zu verteidigen. Er sagte hinzu, die Regierung werde ihr Passifizierungswerk fortführen, aber es sei auch nötig, in einer strenger Anwendung der Gesetze zu schreiten. Die Kammer nahm dann mit 288 gegen 103 Stimmen eine Tagesordnung gegen die Regierung an. (W. T. B.)

### Neue Bandenkämpfe im Burgenlande.

Wiener, 19. Juli. (Amtlich) Der Grenzort Hargendorf im südlichen Burgenlande wurde in der Nacht auf heute von ungarischen, mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Kräften überfallen. Die Bundestruppen wichen nach zwei Stunden kämpfen zurück. Die österreichischen Banden zurdad. Die österreichische Regierung hat die notwendigen diplomatischen Schritte eingerichtet, um einen Versuch einer neuerlichen Unruhestiftung des Burgenlandes abzuwehren. (W. T. B.)

### Demonstration gegen die Teuerung in Wien.

Wien, 19. Juli. Heute vormittag versammelten sich vor dem Parlament gegen tausend Arbeiter und Arbeiterinnen der Simmeringer Waggonfabrik und der Penninger Kerzenfabrik, um gegen die Teuerung insbesondere gegen die Preiserhöhung, zu demonstrieren. Die Arbeiter zogen auf begütigendes Zureden der Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei trotz der Gegenaktion der kommunistischen Redner ab, nachdem eine Deputation von Betriebsräten zur Regierung entsandt worden war. Vor dem Parlament blieben noch eine Anzahl neugieriger Arbeitlosen zurück. Auftrotzdem sind nicht vorgekommen.

## Unter dem Schuhgesetz für die Republik.

Das Schuhgesetz für die Republik ist durch die Annahme im Reichstag in die Welt der vollendeten Tatsachen eingetreten. Damit beginnt eine Phase unserer inneren Entwicklung, der jeder Anhänger einer willkürlichen demokratischen Freiheit nur mit tiefster Sorge entgegensehen kann. Nicht, als ob einfache Patrioten darüber im Zweifel sein könnten, daß nach dem Mord an Rathenau, der im Zusammenhang mit dem an Erzberger verübten gleichartigen Verbrechen einen Abgrund politischer Verirrung aufklaffen ließ, irgend etwas Durchgreifendes zur Niederauslösung der im Finstern igleichen Gewalten geschehen würde. Die Frage blieb aber offen, ob die zu ergriffenen Maßregeln sich auf dem Boden des allgemeinen Strafrechts durch Verschärfung bereits bestehender Verbote und Einführung neuer bewegen, oder ob sie die immer gefährlichere Form eines Ausnahmegesetzes annehmen sollten. Die bürgerliche Regierung stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, daß nur eine Abänderung des Strafgesetzbuches in Betracht kommen dürfe und daß bei der Durchführung der neuen strafrechtlichen Vorschriften die einzelstaatliche Landeshoheit sorgfältig beachtet werden müsse. Der bayrischen Anschauung ist aber von Seiten der Reichsregierung keine Rechnung getragen worden. Man hat den Weg eines Ausnahmegesetzes bejubelt und zur Aburteilung der strafbaren Handlungen, die sich als Verstöße gegen die Sicherheit der Republik darstellen, einen besonderen Staatsgerichtshof eingesetzt, der sich ebenfalls als ein Ausnahmegerichtshof charakterisiert. Von leitender bayrischer Stelle war der Vorschlag gemacht worden, den Gerichtshof einem Senat des Reichsgerichts anzugehören, um ihm auf solche Weise die Ausnahmeeigenschaft zu nehmen und ihn in die ordentlichen Gerichte einzureihen. Auch diese Auseinandersetzung blieb aber unbeachtet und so erscheint nun Bayern auf der ganzen Linie als der geschlagene Teil, der seinen Stolz über die Wendung der Dinge unverhohlen zum Ausdruck bringt. Die bayrischen Vertreter haben sowohl im Reichstag wie im Reichstag eine sehr idiole Sprache geführt und daraus hingewiesen, daß von dem bayrischen staatlichen Eigenleben überhaupt nichts mehr übrig bliebe, wenn man nach der gänzlich beendigten Militär-, Finanz- und Eisenbahnherrschaft nun auch noch die Justiz- und Verjährungsbehörde. Die Verjährung ist nach der Bayrischen Verfassung noch vermehrt worden durch gewisse Vorschriften des Reichskriminalpolizeigesetzes, die der Reichspolizei gestatten, unter Umständen in den Einzelstaaten selbständige amtliche Handlungen mit eigenem Personal vorzunehmen und den eingestellten Behörden unmittelbare Anweisungen zu erteilen. Die Art, die aus diesem Anlaß neuverdienten in den Beziehungen zwischen Berlin und München eingetreten ist, hat in Bayern die öffentliche Meinung bis in die Tiefe aufgewühlt und eine mit Zündstoff derartig geladene Atmosphäre geschaffen, daß die beunruhigendsten Verdächtigungen vorliegen. So wurde der „Vorwärts“ am melden, daß man sich in München bereits ernstlich auf den Absall vom Reiche vorbereite und daß die bayrischen Industriellen verharmolt gewesen seien, um sich über die zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen für den Fall der Osttrennung vom Reich zu verständigen. Derartigen tendenziös gefärbten Alarmnachrichten steht die bestimmte Erklärung Dr. Heimes entgegen, daß eine zeitweilige Trennung Bayerns vom Reich nur unter einer einzigen Voraussetzung denkbar sei, wenn nämlich in Berlin alles drunter und darüber geben und bürgerliche Bestrebungen die Oberhand im Norden gewinnen sollten. Gestellt wird aber das Verhältnis Bayerns zum Reich durch das Schuhgesetz sicher nicht. Die unvermeidliche Folge der neuesten Erfahrungen, die Bayern mit den Eingriffen des Reiches in seine staatlichen Hoheitsrechte hat machen müssen, ist das Aufsteuern einer Stimmung die der bayrische Revolutionsgeist in Berlin selbst als Reichsverdrossenheit gekennzeichnet hat. Dadurch wird die Gefahr einer Voderung der nationalen Geschlossenheit des Reiches herauftauchen und das ist ein Preis, mit dem das Schuhgesetz denn doch allzu sehr überbezahlt sein dürfte.

Auch im übrigen Deutschland können sich die bürgerlichen Kreise des bestimmenden Gefühls nicht erwehren, daß das Schuhgesetz tatsächlich ein Ausnahmegesetz ist. Der Reichsjustizminister hat zwar den Reichskanzler desavouiert durch die Erklärung, daß das Gesetz nicht einseitig gegen rechts gerichtet sei, aber die Wirkung der temperamentvollen Worte des Reichskanzlers läßt sich nicht so ohne weiteres verneinen. Auch ist zu bedenken, daß solche ministeriellen Verstümmelungen unverbindlich sind, wenn auch die gute Absicht des Ministers nicht in Zweifel gezogen werden soll. Das gilt vor allem, falls in der Zwischenzeit bis zum Ablauf der Gültigkeit des Gesetzes ein Wechsel in der Person des Reichsjustizministers eintrete; der Nachfolger könnte dann für sich die Auffassung seines Vorgängers ablehnen. Auch wird man mit der Tatfrage rechnen müssen, daß die radikale Linke sich in einer sozialen Verfassung befindet, auf Grund deren sie der Meinung ist, daß ihren Reden und Programmen so ziemlich alles, jedenfalls aber weit mehr gestattet sei, als die Rechte sich erlauben darf. Das kann man aus mancherlei Auslassungen, die von einem gewaltig überzogenen Denkprozeß zeugen, deutlich erkennen. Ein geradezu klassisches Beispiel dieser Art mag hier registriert werden. In einem Aufsatz der von dem bekannten sozialistischen Theoretiker Parvus herausgegebenen „Blätter“, Verlag für Sozialwissenschaften in Berlin, findet sich ein glänzender Appell an die „Führer im Kampf“, der über seinen Sinn und Zweck keinen Irrtum aufkommen läßt. Es kommt darin u. a. folgendes markante Stelle vor: „Seid hart! Fürchtet nicht, daß irgendwo ein „Reich“ verkehrt. Es kann geführt werden, wenn wir hindurch sind. Recht ist ein Ideal, aber Freiheit ist ein größeres. Ihr seid tolerant gewesen. Zu tolerant. Nachgiebig bis zur Selbstentäußerung wart ihr! Ihr seht: damit wird die Freiheit nicht gesichert, nicht

gerettet. Fürchtet nicht Bauerus Abfall. Nieber mal ein Glied abgehalten, als daß der ganze Körper unmöglich vergiftet wird. Fürchtet nicht den Bürgerkrieg! Es wird ein Schlag sein neben und nach allem Erleben; und wir wollen wahrhaftig lieber den Tod im Kampf um das höchste Gut, das uns noch gegönnt ist, als die Niederehr der Sklaverei." Ist das nun Aufrufung zur Gewalt und zum Reichsbund, oder ist es keine? Es ist nicht anzunehmen, daß der Linksradikalismus in seinem souveränen Machtglaub sich beruhigen wird, seine Schreibweisen dem Ausnahmegerichtsmaß zuliebe zu mäßigen, bloß um den praktischen Nachweis zu erbringen, daß das Gesetz auch noch links hin wirkt. Wie werden sie dann die zur Ausführung des Gesetzes berufenen Behörden verhalten? Werden sie wirklich mit ganz gleichem Maße messen? Die Zeit wird es lehren.

Die Verbesserungen, die dank den bürgerlichen Begehungen an der ursprünglichen Vorlage vorgenommen worden sind, betreffen die Auflagebehörde beim Staatsgerichtshof, die vorwärts souveränen Familien, den sogenannten Denunziantenparagraphen und das Recht der Wahlversammlungen, das mit großer Sicherung umgesetzt wurde. Die Auflage beim Staatsgerichtshof sollte nach der Regierungsvorlage durch einen besonderen Reichsjustizkommissar erheben werden, auf dessen Stelle dann der Oberreichsauwalter gesetzt wurde. Die Veranzelzung dieses hohen Beamten bedeutet ohne Frage eine erhebliche Verstärkung der Reichsicherheit, die aber bei der Zusammensetzung des Reichsgerichtes wieder dadurch weitgemacht wird, daß das Richterfolleum nur zwei Berufsrichter gegenüber fünf Voten anstrebt. Dabei kommt noch nicht einmal die sehr vereidigte Röderung durchgedreht werden, daß als Salenrichter Parteipolitiker und Parlamentarier ausgeschlossen sein sollten, um die völlige Unparteilichkeit des Verfahrens zu gewährleisten. Der Denunziantenparagraph bestimmt in der ursprünglichen Fassung, daß auch Eltern, Kinder und Geschwister des Schuldigen angezeigt sein sollten. Das kann also die Mutter ihren eigenen Sohn vor den Staatsauwalter schicken, das Kind den Vater denunzieren, die Mutter den Vater verurteilen sollen! Ein solcher fürchterlicher, jede Unterordnung verlängender Gewissenswahn, den jedes moderne Strafrecht zurückweist, war dem bürgerlichen Empfinden unerträglich, und so wurde denn die Bestimmung dahin abgeändert, daß die genannten Anderwanden straffrei bleiben sollen, wenn sie ernstlich bemüht gewesen sind, den Schuldigen von seinem Vorhaben abzubringen. In dritter Person wurden auch noch die Geschwister unter die Mängelgepflichtigen eingeschlossen, gleichzeitig aber die einschlägige Bestimmung hinzugefügt, daß für alle Nichtangezeigtigen trotz ernstlicher Bemühung um die Sinnerinnerung des Schuldiens Bekratung eintritt, wenn die Unterlassung der Anzeige eine Tötung oder einen Tötungsversuch zur Folge gehabt hat. In dritter Person wurde auch die in zweiter Person angenommene Strafbarkeit der gewalttätigen Verhinderung vorheriger Versammlungen wieder gestrichen. Dieser Satzparagraph war von bürgerlicher Seite gerade als Prüfung für die gleichmäßige Anwendung des Gesetzes auch gegen links bewertet worden, er mußte aber, um das ganze Gesetz nicht zu gefährden, dem Widerstand der Linken geopfert werden. Semidem ist endlich die Beschränkungen gegenüber Mitgliedern der ehemals souveränen Familien; insbesondere ist die Ausweisung des Entmusters, die sie an Heimatkosten machte, befehligt worden.

Nach alledem ist es lächerlich, woher der Abgeordnete Dr. Stresemann den Optimismus nehmen konnte,

zu behaupten, der Ausnahmeharakter des Gesetzes behöre nicht mehr. Nun lange Jahre soll nun unter diesem Gesetz das öffentliche Leben in Deutschland sich abspielen. Dieser Ruf muss sich normend wie ein Maß auf die gesamte innere Politik legen. Es bleibt nur die Hoffnung übrig, daß die Verhältnisse sich günstig genug entwideln, um eine wesentlich fröhliche Aufhebung des Gesetzes und die Rückkehr zu normalen verfassungsmäßigen Zuständen zu ermöglichen. Das liegt ebensoviel im Interesse des inneren Friedens und der deutschen Volksgemeinschaft, wie der Republik, die doch schließlich nur gedeihen kann, wenn sie von der freiwiligen Dingebung des ganzen Volkes, auch der bürgerlichen Eliten, getragen wird.

## Ein Volksentscheid zur Forderung der Revision von Versailles.

Der Aufklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldfrage verbreitet einen Aufruf an alle Deutschen im In- und Auslande, in dem es nach einer starken Verurteilung des Rathenaus-Mordes heißt: "Ausländische Zeitungen sehen in dem Nord einen Akt der Verzweiflung, in welcher das deutsche Volk getrieben ist. Ganz gleich, wir verabscheuen ihn, und sehen darin nur eine Schändigung unserer Ehre und unserer ehrlichen Betreibungen. Aber die Ursache liegt allein in dem furchtbaren Friedensdiktat von Versailles. Keine Macht der Erde kann der deutschen Regierung eine Schuld am Kriege nachweisen. Der Sozialdemokrat Dr. Südekum sagt: Wer das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren will, muß nach seinen Kräften daran mitarbeiten, daß die grausame Lüge des § 231 des Versailler Vertrages, welcher Deutschland die Schuld am Kriege aufschob, gestrichen wird, damit die Schlüssefolgerungen aus ihr fortfallen. Das erfordert die Ehre der Nation, das ist die schlichte Menschenlichkeit jedes Deutschen. Kein Deutscher kann seinem Kinde in die Augen blicken, der diese Pflicht vernachlässigt."

Deutsche Männer und Frauen! Seht Euch in diesem einen Punkt hinweg über den Parteidienst! Nur eins kann helfen: die Revision des Diktats von Versailles, von Anfang bis Ende.

Durch einen Volksentscheid muß diese Forderung zur Tat werden. Wir bitten daher alle Deutschen, soweit es noch nicht geschehen, ihre Zustimmung hierzu an unterschende Ausdruck zu senden. Vereine und Körperschaften wollen die Unterschriften Sammlung bei ihren Mitgliedern veranlassen und ebenfalls hierherenden. Es kommt darauf an, daß Millionen von Männern und Frauen durch ihre Unterschrift mutig ihre Überzeugung und die Forderung für unsere gute Sache und den ganzen Volkes gutes Recht zum Ausdruck bringen.

Die Stimmen werden hier ord. freies, provinz- und landesweise gesammelt, wie es bisher bereits geschehen ist. Die Reichsregierung soll dann zu diesem entscheidenden Schritt veranlaßt werden, und wir wollen denselben unterstützen. Auf zur Tat! Nur dann kann wieder Ruhe und Frieden in Deutschland und Europa werden!"

Aufklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldfrage in Langenbrück b. Dresden, Hermannstraße 4.  
Albrecht Frhr. Treusch v. Buttlar-Brandenfels,  
Herrst a. D., Vorsitzender.

„Deutschlands Not“, so betitelt sich die im „Brunnen-Verlag“, Karl Windeler, Berlin SW, Bernburger Straße 24, zum Preise von 8 Mark erschienene Broschüre, die die Reichstagrede Helfferich vom 23. Juni wieder gibt, die Rede, die durch die Ermordung Rathenaus an doppelter Bedeutung gewonnen hat. Versucht man doch, aus ihr den Rückschluß für das Attentat zu konstruieren! Es ist darum bringende Notwendigkeit, daß jeder Deutsche sich von dem wirklichen Inhalt unterrichtet. Denn was bringt diese erschütternde Rede, die im Reichstag eine so ungeheure Wirkung auslöste? Einen Rotsaum für die unterdrückten Saarländer, eine starke Beleidigung französischer Gewalttätigkeit und Ausbeutungslust, dann allerdings auch eine strenge, aber „lachliche“ Kritik an der Erfüllungspolitik und den Hinweis auf die so erheblichen Abweichungen der französischen Übersehung von dem Texte der deutschen Noten an die Reparationskommission. Außerdem enthält sie noch die Erwiderung des Finanzministers Hermes auf die von Helfferich gestellte Frage, welcher Text Gültigkeit habe, und Helfferichs Gegenrede auf die erteilte Antwort.

Gerade aus der Behandlung aller aufgeworfenen Fragen geht mit größter Deutlichkeit hervor, daß Helfferich und seine Anhänger nur mit geistigen und geheimnässigen Waffen den Kampf führen, jeglichen Gedanken an gewalttätige Eingriffe aber weit von sich weissen!

## Der Reichswirtschaftsrat zur Einschränkung des Rentenmarktaufs.

### Die Notwendigkeit des Moratoriums.

Nach Erlass des Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank hatte die Reparationskommission bei der deutschen Regierung angeregt, nunmehr auf Maßregeln zur Begrenzung der Rentenausgabe bedacht zu sein. Bei Beratung hierüber hat der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates folgende Entschließung gefaßt, die ihrer Wichtigkeit halber wörtlich wiedergegeben ist:

Der Reichswirtschaftsrat ist sich seiner Verpflichtung bewußt, an den Vorbereitungen zur Minderung des schweibenden Schulds und des Rentenmarktaufs nachdrücklich mitzuwirken. Seine Organe sind für diese Aufgabe tätig und werden mit Vorbrüchen am Platze sein, sobald deren Ausführbarkeit durch die Finanzlage gegeben ist. Das ist aber zurzeit nicht der Fall; denn daß immer schnellere Sinken des Marktpreises erhöht automatisch den Fehlbetrag im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden. Eben erst müssen eröffnete inländische Einnahmen genügen heute nicht einmal dazu, im Haushalt die Folgen der erneuten plötzlichen Marktentwertung auszugleichen. Damit wird die eine Ursache der Inflation in ihrer Wirkung verstärkt.

Ebenso steigert das Sinken der Mark in heiterer Wechselführung die Passivseite der deutschen Handelsbilanz und in noch erheblicherer Masse die der Zahlungsbilanz. Unter diesen Umständen bedeutet der von Monat zu Monat sich erneuernde Zwang zur Bebringung ausländischer Leistungen für Reparationszwecke immer rascher fortschreitende Heraabdrückung der deutschen Währung. Diese Zerrüttung ist sowohl vorgeschrieben, daß die Mark zeitweilig im Auslande nur noch zu kurzweile erniedrigten Kursen aufgenommen wird. Heute schon bewirkt ganz geringes Angebot eine außerordentliche Kurssenkung der Mark. So wird jede Sanierungsarbeit vereitelt. Soll nicht die Entwicklung hoffnungslos abwärtis geben, so bedarf es eines entscheidenden Ereignisses, welches Verhüting und Wiederherstellung des Vertrauens bringt und somit auch die Kurssicherung für eine internationale Anleihe schafft. Den einzigen Stützpunkt solchen Vertrauens bietet die wesentliche Einschränkung und Hinauschiebung der mit ausländischen Werten zu deckenden Leistungen.

Der Finanzpolitische Ausschuß billigt und unterstützt daher im ernstesten Augenblick die Bemühungen der Reichsregierung um Erlangung eines Moratoriums. Nur dadurch ist der deutsche Kredit wieder herzustellen und eine ausländische Anleihe zu ermöglichen, welche Deutschland die Überwindung der Passivität seiner Zahlungsbilanz, die Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt und die Stabilisierung seiner Währung erreichen läßt. Dann könnte Deutschland auf ein erträgliches Maß herabgelehte Reparationsverpflichtungen erfüllen, ohne dadurch eine fortwährende Zerrüttung seines eigenen Wirtschaftslebens wie des gesamten Weltmarktes herbeizuführen. Dann wäre auch der Zeitpunkt gekommen, zu dem der Finanzpolitische Ausschuß der ihm vom Reichswirtschaftsrat übertragenen Ausgabe gerecht werden wird, wirksame Vorbrüche zur Begrenzung des Rentenmarktaufs für den Reichsbedarf zu machen.

### Eine Enthaltung im Haag.

Haag, 19. Juli. In der heutigen Sitzung der nichtrussischen Kommission mit der russischen Abordnung erklärte Litwinoff, es sei noch nicht imstande, neue Vorbrüche zu machen. Vorher weiter verhandelt werden soll, soll nun die russische Kommission gefragt werden, ob sie geneigt sei: 1. Die Schulden anzuerkennen, die die russische Regierung oder ihre Vorgänger an Angehörige ausländischer Staaten zu bezahlen haben. 2. Ob sie bereit ist, diese Forderung den ausländischen Besitzern des nationalisierten Eigentums gegenüber schon jetzt staatsrechtlich zu erledigen. Nach einer kurzen Ausdrücke, bei der Litwinoff versicherte, daß er ungefähr vier bis sieben Tage brauche, um mit seiner Regierung zu beraten, wurde die Sitzung aufgehoben.

Heute nachmittag fand eine Plenarsitzung der nichtrussischen Kommission statt. Sogleich nach der Eröffnung beantragte Uveagaon mit Rücksicht auf die heutige morgen von Litwinoff abgegebene Erklärung im Namen aller Abordnungen die nachstehende

### Entschließung:

Die nichtrussische Kommission hat, ihre Tätigkeit beendigt, im Laufe des Gedankenaustausches mit der russischen Abordnung das Erwünschte erreicht und mit Genugtuung Kenntnis von den Vorbrüchen der russischen Abordnung genommen, ihrer Regierung die heute durch Litwinoff vorgelegte Erklärung zu unterbreiten. Die nichtrussische Kommission findet in dieser Erklärung selbst keine Grundlage für die Vereinbarung; sie stellt aber fest, daß die in dieser Erklärung abgegebene Richtlinie, wenn sie durch die russische Regierung angenommen und durchgeführt wird, beitragen kann zur Wiederherstellung des für eine gemeinschaftliche Arbeit Europas im Interesse des Wiederaufbaus notwendigen Vertrauens. Die nichtrussische Kommission stellt weiter fest, daß diese Erklärung eine günstige Atmosphäre schaffen kann für weitere Verhandlungen, die die verschiedenen Regierungen für wünschenswert halten müssen.

Lord Greame sagte darauf, daß diese Enthaltung vollkommen im Einstellung sei mit der Aussöhnung der britischen Abordnung. Die Enthaltung wurde darauf mit allen Stimmen angenommen. — Die Schlussfassung der Haager Konferenz wird morgen nachmittag stattfinden. (wtb.)

### Bayerns Erbitterung über die Schutzgesetze.

München, 19. Juli. Wie von bissiger unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, erhält die bayrische Regierung aus dem Lande fortgesetzte Kundgebungen, die sich gegen die republikanischen Schutzgesetze wenden. Die Landtagsaufsichtung werde bereits ernstlich erwogen. Der „Bayerische Kurier“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, schreibt über die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und das Schutzgesetz: Das Schutzgesetz in der vorliegenden Gestalt zeige in den einzelnen Bestimmungen den Stempel des revolutionären und unitarischen Einflusses des Sozialismus in so ausgeprägter Form, daß es völlig unverständlich sei, wie vor allem die Deutsche Volkspartei dazu ihre Zustimmung geben kann. Wenn das Wesen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft darin beruhen sollte, dem Sozialismus durchaus nicht zu rechtfertigende Konzeptionen zu machen, dann werde man die praktische Bedeutung einer solchen Maßnahme nur als die Preisgabe irischer Gründlichkeit einschätzen können. — Die „Münchner-Augsburger Abendzeitung“ schreibt, durch die Gesetze werde der bündestaatliche Charakter des Kaiserreichs bestätigt. Ob Stresemann, der objektive Urteil vom Staatgerichtshof erwartete, etwa Partei Männer für unabdingbare Richter halten wolle? Die noch in der Kahr-Kritik erabergerisch orientierte katholische „Nürnberger Volkszeitung“, deren Einfluß im ganzen katholischen Franken groß ist, erklärt, die Erbitterung Bayerns gegen diese Gesetzmacher sei so groß, wie noch nie seit dem Bestehen des Reiches. Die Neuwahlen würden das zum Erfüllen beweisen.

Der Ministerrat, der heute zusammentrat, hat noch keine Beschlüsse gefaßt, sondern sich auf Donnerstag vertritt. Da der erweiterte Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei erst am Freitag zusammentritt und das Schutzgesetz selbst erst am Sonnabend in Kraft tritt, dürfte die endgültige Entscheidung der bayrischen Regierung über ihre Stellung zu dem Gesetz kaum vor Sonnabend erfolgen. (Da.)

### Ablehnung einer Reichswehr-Chrenkompagnie für ein bayrisches Kriegerdenkmal.

München, 19. Juli. Zur Enthaltung des Kriegerdenkmals für die im Weltkrieg Gefallenen im Hofe des Klosters Mariä-Hilf in Passau hat das Reichswehr-

### Lloyd George, der „Friedensfreund“.

London, 19. Juli. Lloyd George steht heute in Wettbewerb in Wales anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger dieser Stadt eine Rede, in der er u. a. sagt: Niemals habe die Welt in ihrer Geschichte einen so schweren Schlag erhalten wie diesen. Niemand kann der menschlichen Freiheit befehlen. Eine beratige Einflussseite aber niemals wieder über die Welt heretabrechen. Heute England damals befiehlt gehabt, so würde ein in manches und rücksichtsloses militärisches Europa beherrschen. Frankreich und Russland hätten dann am Boden gelegen und der europäische Kontinent und seine nationalen Freiheiten würden von einer eisernen Kette mit Füßen getreten werden. Großbritannien wäre noch eine Welle am Leben geblieben, denn Gott habe ihm die See gegeben, die das Land wie einen Burggraben umschließt. Kein Reich würde diesen Graben überstritten haben, aber Großbritannien würde einem anmaßenden Beherrcher gegenüberstehen. Es hätte alle Kräfte für den Augenblick des Entscheidungspunktes sammeln müssen. Es werde die Schwierigkeiten überwunden und in den nächsten Jahren stärker sein als je zuvor. Aber man darf nicht vergessen, daß Frieden unentbehrlich sei. Die Friedensfreunde, die jetzt viel zu sehr auseinanderstehen, müßten für den Frieden zusammenarbeiten. Es obliegt ihnen Kräfte, die es nötig machen, daß die Freunde des Friedens eine undurchdringliche Phalanx bilden. Hierbei müßten alle mitfeiern. (W. T. B.)

### Wenn in Frankreich die Vernunft herrsche.

Paris, 19. Juli. Der Berliner Verlegerstaat des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Deutschen Nationalbank Witling. Auf die Frage nach seiner Ansicht über die künftigen finanziellen und industriellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland antwortete Witling, das Problem sei zweifellos das wichtigste für die Zukunft Europas. Er betonte, daß die Natur gewissermaßen selbst die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verständigung vorgelebt habe, indem Frankreich das Erz und Deutschland die Kohle besitze. Es müsse eine Interessengemeinschaft zwischen diesen beiden für ergänzende Staaten geschaffen werden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit würde aber noch weit bessere Ergebnisse erzielen, wenn sich die englische Industrie entschließen würde, dieser Gemeinschaft beizutreten. Allerdings hindere augenscheinlich der Verfaßter Vertrag eine solche Annäherung. Eine gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland wäre nur auf der Grundlage einer vollen Gleichberechtigung möglich. Neben die geplante Anleihe meint Witling, daß eine der Grundbedingungen für die amerikanischen Kredite an Deutschland eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sei. Solange diese beiden Länder nicht dazu gelangen, ihre Beziehungen zu stabilisieren, könnten die Vereinigten Staaten nicht daran denken, Kredite zu gewähren. Eine kleine Anleihe könnte Deutschland eine gewisse Atempause gewähren, um die nötigen Grundlagen für eine größere Anleihe zu schaffen.

ministerium die zur kirchlichen Feier für die gefallenen Helden erbetene Chrenkompagnie des Passauer Reichswehrbataillons verweigert. Der Veteranenverein hat nun an den Reichswehrminister und an General v. Seest eine Enthaltung gefordert, in der die größte Erbitterung über die Verweigerung ausgedrückt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß der General Mittel und Wege finden möge, um beratende, das bayrische Volk empfinden kann, aufs schwere Mahnungen künftig bleiben zu lassen.

### Beendigung der bayrischen Truppenübungen.

Würzburg, 19. Juli. Wie die „Bayerische Staatszeitung“ meldet, sind die in Münsingen, beim Truppenübungsplatz in Württemberg, abendeten bayrischen Truppen der Standorte München, Augsburg, Kempten, Lindau und Landsberg, sowie die auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruff abendenden Würzburger Reichswehrbataillone mit Genehmigung des Reichswehrministeriums in ihre Standorte zurückberufen worden, wo sie bereits eingetroffen sind oder heute noch eintreffen werden. Die noch in Ohrdruff abendenden bayrischen Truppen werden demnächst folgen. (W. T. B.)

### Eine ungerechtfertigte Beschwerde Roslets.

Berlin, 19. Juli. Zu dem angeblichen Waffenfund in Potsdam erfahren wir noch, daß es sich nicht um Waffen, sondern um Ausrüstungsgegenstände handelt, die sich im Besitz der Reichswehr befinden. Was die angebliche Beschwerde des Generals Roslet betrifft, so liegt der Sachverhalt so: Roslet verlangt eine genaue Statistik der deutschen Heeresbestände, die bei Abschluß des Waffenstillstandes vorhanden waren, um danach kein Auslieferungsverlangen zu bemessen. Eine solche Statistik kann deutscherseits nicht gegeben werden, weil nicht zu übersehen ist, was bei dem Rückzug aus dem Westen, vornehmlich aber aus dem Osten verlorengegangen ist. Roslet glaubt nun, daß sich aus den Spandauer Akten eine solche Statistik herausziehen lasse. Er forderte deshalb Einsicht in diese Akten, ein Verlangen, das aus dem Friedensvertrag aber nicht zu begründen ist. Trotzdem sollte ihm die Einsicht gewährt werden. Nun wurden aber die Akten wegen der im Falle Rockföhring eingetretene Unterstellung vom Reichswehrministerium angefordert und nach Berlin überreicht. Als der Kontrolloffizier im Auftrage Roslets nach Spandau kam, um Einsicht in diese Akten zu nehmen, waren die Akten nicht zur Stelle. Roslet, dem offenbar daran liegt, über deutsche Obstruktion nach Paris berichten zu können, sah darin den Verlust, ihm die Akten vorzuenthalten. Über den Umfang der uns zu belastenden Heeresgegenstände bestehen zwischen der deutschen Heeresverwaltung und Roslet Meinungsverschiedenheiten. Roslet will uns wesentlich weniger zugestehen, als wir brauchen. Während wir fast willige neue Aufschlüsse durch Berichtigung vorhandener Bestände möglich vermeiden wollen, erklärt er, nur das für den Augenblick Unentbehrliche zugestehen zu wollen.

Im Hinblick auf die legitimen Waffenfunde der Kontrollkommission in Kiel hat seit etwa einer Woche auf Grund besonderer Weisungen des Generals Roslet wieder eine erhöhte Tätigkeit der interalliierten Militärkontrollkommission eingesetzt. Die Kontrollen der interalliierten Offiziere erstreden sich in der Hauptstadt auf Revision der Waffen- und Munitionsbestände sowie der Mannschaftsstärken bei den verschiedenen Truppenteilen des Reichsheeres.

### 7 Milliarden Defizit bei der Eisenbahn.

Berlin, 19. Juli. Der Abschluß des ordentlichen Haushalts der Reichsbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden Mark und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag beläuft sich mindestens auf 6,8 Milliarden Mark, gegen den Haushaltshaushalt 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden Mark und gegen den Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,8 Milliarden Mark eine Verbesserung um 8,7 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag ist also geringer als nach dem Reichsverkehrsminister bekanntgegebenen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tarif erhöhungen, der günstigen Verkehrsgefährdung und der schweren Erfassung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits dem Erfolge auf dem Gebiete der Ausgabewirtschaft zu danken. (W. T. B.)

## Die Saarländer an den Völkerbundsrat.

Saarbrücken, 19. Juli. Die politischen Parteien des Saargebiets, die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Zentrumspartei sowie die diesen Parteien angehörenden Mitglieder des Landesrates richten folgendes Schreiben an den Völkerbundsrat in Genf: Die Regierungskommission des Saargebietes hat wiederholt den Wunsch ausgedrückt, mit der Bevölkerung in geheimer Weise zusammenzuvernehmen. Auch die Bevölkerung hat den gleichen Wunsch. Ein wesentliches Hindernis für dieses geheime Mitarbeiter ist das saarländische Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector. Dieser besitzt in der Bevölkerung gar kein Vertrauen. Im Gegenteil, die Bevölkerung lehnt ihn ab. Zur Erteilung eines guten Zusammensatzes der Regierungskommission mit der Bevölkerung bitten daher die unterschiedlichen politischen Parteien und die von diesen gewählten Mitglieder des Landesrates, die in diesem von 30 Sitzern innehaben, den hohen Völkerbundsrat, Hector im Herbst nicht mehr zu bestätigen und an seiner Stelle einen Mann zu ernennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb bitten wir, der Bevölkerung des Saargebietes zu gestatten, daß sie dem hohen Völkerbundsrat Männer ihres Vertrauens zur Ernennung vorstellt. Unser Antrag geht dahin, daß dieser Vorschlag im Einklang mit den demokratischen Grundlagen und mit dem Ergebnis der gemeinsamen Abstimmung stehen möge. Wenn eine Befragung der gesamten Bevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Ernennung des Saarlandesmitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir wenigstens, die Vorschläge des Landesrates des Saargebietes anhören zu wollen. (W. T. B.)

## Verbot der Marburger Studentenlagung.

Frankfurt a. M., 19. Juli. Das Oberpräsidium für Hessisches Haus steht mit: Die von den auf antisemitischer Grundlage stehenden Gruppen der deutschen und österreichischen Studentenschaft für Ende Juli nach Marburg einberufene Studentenlagung wird auf Grund des Allgemeinen Landrechts und auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verboten. (W. T. B.)

## Zwangspensionierung preußischer Regierungspräsidenten.

Berlin, 19. Juli. Die von amtlicher Stelle mitgetestet wird, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, sieben Regierungspräsidenten aus allgemein politischen Gründen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, darunter auch den Regierungspräsidenten v. Gersdorff aus Potsdam. (D.A.)

## Die Interalliierte Oder-Kommission.

Berlin, 19. Juli. In einem und e tritt die interalliierte Oder-Kommission zu einer Tagung zusammen, auf der eine Oderschiffahrtsakte vereinbart werden soll. Deutschland ist durch zwei Delegierte vertreten, Gesandter Seeliger, Staatssekretär Peter und Ministerialrat Klemann; Dänemark durch den Gesandten Grafen Moltke; Frankreich durch Charruerand; England durch den Gesandten Baldwin; Polen durch Admiral Paul; Schweden durch Generaldirektor Hansen; die Tschecho-Slowakei durch den Gesandten Müller und der Völkerbund durch den niederländischen Adjutant Romain. Die Tagung wurde mit einer Ansprache des Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Lipmann, eröffnet, welcher die Kommission im Namen Preußens und des Reiches begrüßte. Zum Vorsitzenden der Kommission für die gegenwärtige Tagung wurde der deutsche Vertreter Gesandter Dr. Seeliger vom Auswärtigen Amt gewählt. Generalsekretär ist Charruerand. (W. T. B.)

## Das oberschlesische Zentrum gegen die Autonomie Oberschlesiens.

Breslau, 19. Juli. Dieser Tag fand in Gleiwitz die Vertreternärrversammlung der oberschlesischen Zentrumspartei statt, die über die Einstellungnahme des Zentrums zur Autonomiefrage beschloß. Nach einem Referat des Abg. Ulrich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der ausgeführt wird, daß das vom preußischen Landtag angenommene Gesetz zur Regelung der Selbständigkeitsschreie der Provinz Schlesien die Sicherheit für Erfüllung der dringendsten Bedürfnisse des oberschlesischen Volkes gibt. Daher liegt für die Zentrumspartei keine Veranlassung vor, in der am 3. September stattfindenden Abstimmung für die Bildung eines eigenen Landes in Oberschlesien einzutreten. Die Vertreternärrversammlung entschied sich daher, in der Abstimmung für das Verbleiben im preußischen Staatsverband zu stimmen.

## Eine neue Auszeichnung Leronds.

Paris, 19. Juli. General Lerond, dem die Polen den Orden vom Weißen Adler verliehen haben, hat nunmehr auch die höchste französische Auszeichnung erhalten. Am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, ist ihm in Anerkennung seiner Tätigkeit in Oberschlesien das Ehrenkreuz der Ehrenlegion vom Präsidenten Millerand persönlich überreicht worden.

## Max Liebermann.

Zum 75. Geburtstag des Meisters am 20. Juli. Hans Thoma und Max Liebermann sind die beiden lebendigen Altmeister deutscher Malerei. Sie sind so verschieden wie der Süden und der Norden, und es gibt wohl nicht allzu viele, die ein gleiches persönliches Verhältnis zu ihrer beiden Kunst haben. Aber keinem geschieht ein Gefallen, wenn wir sie gegeneinander ausspielen, und wie wollen uns, um mit Goethe zu sprechen, lieber freuen, daß wir zwei solcher Künstler haben. Ragen doch beide, wie sich auch der einzelne an ihrer Kunst stellen mag, unbestritten auf der Höhe, wo die Klassiker stehen. Auch um den fünfzigjährigen Liebermann ist der Streit längst verstimmt; nach der Epoche des Impressionismus, dessen gewichtigster deutscher Vertreter er ist, sind ja schon wieder andere, freilich weit kurzlebigere Richtungen gekommen und gegangen, und der temperamentvolle Liebermann ist am Abend seines Lebens ruhig genug geworden, um sie mit der einfachen Begründung, daß der Künstler letzten Endes nur seine eigene Kunst für richtig halten könne, aus seinem Blickfeld beiseite zu schließen. Alles, was man eins gegen Liebermanns Technik, gegen seine Motive, gegen das Ethos seiner Kunst eingewandt hat, mutet und heute als Ausriss aus einer alten Zeit an. Der Schönheitsbegriff, von dem aus man Liebermann eine Vorwurzung des hässlichen vorwerfen könnte, gilt uns nicht mehr. Sein leidenschaftliches künstlerisches Ringen um die Probleme der Lust, des Lichtes und der Bewegung, das Pathos der Sachlichkeit, mit dem er den arbeitenden Menschen in den geschlossenen Raum und in die freie Natur stellt, sind uns heute nicht mehr fremd. Und seine Kunst unbedingt schönen, weil er von den Franzosen empfangen, von der holländischen Landschaft sich hatte berühren lassen, das konnte man nur, wenn man vergessen hatte, daß es immer bedeutsames Erbe war, fremdes Leben in heimatische Art zu übertragen. Außerdem war es ja in der Gewalt, die Holland über Liebermann gewann, gerade die Stimmung niederdeutscher Meeresslandschaft, die entcheidend war und es für seine ganze Landschaftsmalerei geblieben ist.

Auch einem so unermüdet strebenden, wie es Max Liebermann ist, kann man in der Mitte seines achtzig Lebensjahrabschnitts nicht viel anderes sagen, als es zur Vollendung des siebenten geschrieben ist. In diesem Alter zeigt sich das Gemälde nicht mehr an wandeln, und wer wollte auch an dergleichen denken, wenn es schon so reich und von so einheitlicher Holgerigkeit erscheint wie hier? Dazu kommt, daß nicht, wie bei manchem Künstler, auf Liebermanns Weg einzelne Werke (dieselben Stücke, die Epoche machen) als weit emporragende Höhepunkte das Auge auf sich ziehen,

## Wie der Kampf unter dem Ausnahmegesetz geführt wird.

Dr. Grille und die bürgerliche Dresdner Presse der Unterhaltung der Rathenau-Mörder bezüglich.

Die mehrheitssocialistische "Dresdner Volkszeitung" hat gegen den früheren Polizeipräsidenten Dr. Grille und die gesamte bürgerliche Dresden Presse Bekämpfungen von solcher ungeheuerlichen Art erhaben, daß man sich beim Betrachten derartigen abnormen Ausbrüche einer ängstlichen Schäflichkeit an den Kopf greift und sich fragt, ob man macht oder träumt, ob so etwas wirklich schwärzt auf weiß darstellt oder ob es nur eine Ausgeburt eines durch die Ereignisse der letzten Tage hervorgerufenen Fieberzustandes ist. Schon die Art, wie der Vorstoß in Szene gesetzt wird, ist ungemein bezeichnend. Minister Lipinski hatte nämlich im Vortrage u. a. gesucht, daß die Fäden des Reichsmordes an Rathenau in Dresden gesponnen werden seien. Das war ein Hinweis auf die von der Dresdner bürgerlichen Presse einen Mann zu erkennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb bitten wir, der Bevölkerung des Saargebietes zu gestatten, daß sie dem hohen Völkerbundsrat Männer ihres Vertrauens zur Ernennung vorstellt. Unser Antrag geht dahin, daß dieser Vorschlag im Einklang mit den demokratischen Grundlagen und mit dem Ergebnis der gemeinsamen Abstimmung stehen möge. Wenn eine Befragung der gesamten Bevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Ernennung des Saarlandesmitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir wenigstens, die Vorschläge des Landesrates des Saargebietes anhören zu wollen. (W. T. B.)

**Der Saarländer an den Völkerbundsrat.**

Die mehrheitssocialistische "Dresdner Volkszeitung" hat gegen den früheren Polizeipräsidenten Dr. Grille und die gesamte bürgerliche Dresden Presse Bekämpfungen von solcher ungeheuerlichen Art erhaben, daß man sich beim Betrachten derartigen abnormen Ausbrüche einer ängstlichen Schäflichkeit an den Kopf greift und sich fragt, ob man macht oder träumt, ob so etwas wirklich schwärzt auf weiß darstellt oder ob es nur eine Ausgeburt eines durch die Ereignisse der letzten Tage hervorgerufenen Fieberzustandes ist. Schon die Art, wie der Vorstoß in Szene gesetzt wird, ist ungemein bezeichnend. Minister Lipinski hatte nämlich im Vortrage u. a. gesucht, daß die Fäden des Reichsmordes an Rathenau in Dresden gesponnen werden seien. Das war ein Hinweis auf die von der Dresdner bürgerlichen Presse einen Mann zu erkennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb bitten wir, der Bevölkerung des Saargebietes zu gestatten, daß sie dem hohen Völkerbundsrat Männer ihres Vertrauens zur Ernennung vorstellt. Unser Antrag geht dahin, daß dieser Vorschlag im Einklang mit den demokratischen Grundlagen und mit dem Ergebnis der gemeinsamen Abstimmung stehen möge. Wenn eine Befragung der gesamten Bevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Ernennung des Saarlandesmitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir wenigstens, die Vorschläge des Landesrates des Saargebietes anhören zu wollen. (W. T. B.)

**Die Interalliierte Oder-Kommission.**

Berlin, 19. Juli. In einem und e tritt die interalliierte Oder-Kommission zu einer Tagung zusammen, auf der eine Oderschiffahrtsakte vereinbart werden soll. Deutschland ist durch zwei Delegierte vertreten, Gesandter Seeliger, Staatssekretär Peter und Ministerialrat Klemann; Dänemark durch den Gesandten Grafen Moltke; Frankreich durch Charruerand; England durch den Gesandten Baldwin; Polen durch Admiral Paul; Schweden durch Generaldirektor Hansen; die Tschecho-Slowakei durch den Gesandten Müller und der Völkerbund durch den niederländischen Adjutant Romain. Die Tagung wurde mit einer Ansprache des Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Lipmann, eröffnet, welcher die Kommission im Namen Preußens und des Reiches begrüßte. Zum Vorsitzenden der Kommission für die gegenwärtige Tagung wurde der deutsche Vertreter Gesandter Dr. Seeliger vom Auswärtigen Amt gewählt. Generalsekretär ist Charruerand. (W. T. B.)

**Das oberschlesische Zentrum gegen die Autonomie Oberschlesiens.**

Breslau, 19. Juli. Dieser Tag fand in Gleiwitz die Vertreternärrversammlung der oberschlesischen Zentrumspartei statt, die über die Einstellungnahme des Zentrums zur Autonomiefrage beschloß. Nach einem Referat des Abg. Ulrich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der ausgeführt wird, daß das vom preußischen Landtag angenommene Gesetz zur Regelung der Selbständigkeitsschreie der Provinz Schlesien die Sicherheit für Erfüllung der dringendsten Bedürfnisse des oberschlesischen Volkes gibt. Daher liegt für die Zentrumspartei keine Veranlassung vor, in der am 3. September stattfindenden Abstimmung für die Bildung eines eigenen Landes in Oberschlesien einzutreten. Die Vertreternärrversammlung entschied sich daher, in der Abstimmung für das Verbleiben im preußischen Staatsverband zu stimmen.

**Eine neue Auszeichnung Leronds.**

Paris, 19. Juli. General Lerond, dem die Polen den Orden vom Weißen Adler verliehen haben, hat nunmehr auch die höchste französische Auszeichnung erhalten. Am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, ist ihm in Anerkennung seiner Tätigkeit in Oberschlesien das Ehrenkreuz der Ehrenlegion vom Präsidenten Millerand persönlich überreicht worden.

**Max Liebermann.**

Zum 75. Geburtstag des Meisters am 20. Juli. Hans Thoma und Max Liebermann sind die beiden lebendigen Altmeister deutscher Malerei. Sie sind so verschieden wie der Süden und der Norden, und es gibt wohl nicht allzu viele, die ein gleiches persönliches Verhältnis zu ihrer beiden Kunst haben. Aber keinem geschieht ein Gefallen, wenn wir sie gegeneinander ausspielen, und wie wollen uns, um mit Goethe zu sprechen, lieber freuen, daß wir zwei solcher Künstler haben. Ragen doch beide, wie sich auch der einzelne an ihrer Kunst stellen mag, unbestritten auf der Höhe, wo die Klassiker stehen. Auch um den fünfzigjährigen Liebermann ist der Streit längst verstimmt; nach der Epoche des Impressionismus, dessen gewichtigster deutscher Vertreter er ist, sind ja schon wieder andere, freilich weit kurzlebigere Richtungen gekommen und gegangen, und der temperamentvolle Liebermann ist am Abend seines Lebens ruhig genug geworden, um sie mit der einfachen Begründung, daß der Künstler letzten Endes nur seine eigene Kunst für richtig halten könne, aus seinem Blickfeld beiseite zu schließen. Alles, was man eins gegen Liebermanns Technik, gegen seine Motive, gegen das Ethos seiner Kunst eingewandt hat, mutet und heute als Ausriss aus einer alten Zeit an. Der Schönheitsbegriff, von dem aus man Liebermann eine Vorwurzung des hässlichen vorwerfen könnte, gilt uns nicht mehr.

Sein leidenschaftliches künstlerisches Ringen um die Probleme der Lust, des Lichtes und der Bewegung, das Pathos der Sachlichkeit, mit dem er den arbeitenden Menschen in den geschlossenen Raum und in die freie Natur stellt, sind uns heute nicht mehr fremd. Und seine Kunst unbedingt schönen, weil er von den Franzosen empfangen, von der holländischen Landschaft sich hatte berühren lassen, das konnte man nur, wenn man vergessen hatte, daß es immer bedeutsames Erbe war, fremdes Leben in heimatische Art zu übertragen. Außerdem war es ja in der Gewalt, die Holland über Liebermann gewann, gerade die Stimmung niederdeutscher Meeresslandschaft, die entcheidend war und es für seine ganze Landschaftsmalerei geblieben ist.

Auch einem so unermüdet strebenden, wie es Max Liebermann ist, kann man in der Mitte seines achtzig Lebensjahrabschnitts nicht viel anderes sagen, als es zur Vollendung des siebenten geschrieben ist. In diesem Alter zeigt sich das Gemälde nicht mehr an wandeln, und wer wollte auch an dergleichen denken, wenn es schon so reich und von so einheitlicher Holgerigkeit erscheint wie hier? Dazu kommt, daß nicht, wie bei manchem Künstler, auf Liebermanns Weg einzelne Werke (dieselben Stücke, die Epoche machen) als weit emporragende Höhepunkte das Auge auf sich ziehen,

## Oertliches und Sächsisches.

**Die Gemeindereform im Landtagsausschuß angenommen.**

Der Sonderausschuß für die Gemeindereform beriet am Mittwoch die Kapitel "Staatsaufsicht" zu Ende. § 175 beschäftigt, daß die Räte über nicht bezirkfreie Gemeinden, die beim Infrastrukturen dieses Gesetzes der Ministratur des Innern auf Antrag der Gemeinden nur für die nächsten fünf Jahre der Kreishauptmannschaft zu übertragen hat. Ein Antrag Dr. Hübchmann (D. B.), die Beschränkung auf fünf Jahre zu streichen, wurde angenommen. § 218 besagt, daß Gemeinden mit mindestens 25 000 Einwohnern, die beim Infrastrukturen des Gesetzes einem Bezirksverband angehören, unter gewissen Voraussetzungen ohne weiteres austreten können. Ein unabdingbarer Antrag, die Gesamtinwohnerzahl auf 20 000 festzulegen, wurde angenommen. Ein Antrag Dr. Hübchmann, die Zahl auf 10 000 herabzusetzen, wurde abgelehnt. Der 4. Abschnitt "Wohlfahrtspflegebezirke" und der 5. Abschnitt "Sonstiges" wurden ohne wesentliche Debatte nach der Vorlage angenommen.

In der Gesamtabstimmung lehnten die Bürgerlichen geschlossen das Gesetz ab, weil verschiedene Bestimmungen, die auf Antrag der U. S. P. mit Hilfe der Kommunisten und der S. P. D. angenommen worden waren, insbesondere die auf eine vollkommene Schwächung und Auflösung der Stellung des Gemeinderates und des Bürgermeisters hinzielten, die Belange der Gemeinden so unbedeutend gemacht sind, daß ihnen keinesfalls zugestimmt werden konnte. Das in der vorangestellten im Herbst vorgeschriebenen 2. Ausschusssitzung das Gesetz eine wesentlich andere Form annehmen wird, in nach dem bisherigen Verhalten der Linksparteien kaum anzunehmen.

## Ein Raubüberfall „zur Bekämpfung der Organisation C.“

Am Montag abend drangen, wie der "Sächs. Zeitungsdienst" meldet, in die abseits von Lichtenstein-Cöllnberg gelegene Obstwirtschaftsstraße, in der sich der Besitzer Schrey mit seiner Familie und einigen zu einer Geburtstagsfeier zusammengeskommenen Gästen befand, drei maskierte Männer. Diese drangen in den Gastraum mit den Rufen "Hände hoch" ein, schilderten alle männlichen Personen und wangen den Besitzer Schrey, ihnen 500 Mk. auszuhändigen, als Buße dafür, daß er der Organisation C angehört. Sodann plünderten die Männer noch die anwesenden Gäste aus und verschwanden in der Richtung nach Mülsen St. Jacob zu, nachdem sie den ganz losgelöst gewordenen Überfallen noch unter erneuten Tobsuchtrüttungen verboten hatten, Hilfe herbeizurufen. Die Täter hatten sich so unkennlich gemacht, daß über sie nichts weiter angegeben werden konnte, als daß es anscheinend junge Burschen waren.

**Weiteres Verbot.** Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutz der Republik vom 26. Juni 1922 werden vom sächsischen Ministerium des Innern sämtliche Bezirks- und Ortsgruppen des Reichsbundes Schwarzer Front eingeschlossen. Es ist verboten.

**Der Kreislandschau in Dresden hält Freitag, den 28. Juli, vormittags 11 Uhr, öffentliche Sitzung ab.**

**Denkmal-Vorstellungsmünze des Ins.-M. "Kronprinz".** Nr. 104. Um die Mittel zum Bau eines Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Regimentsangehörigen zu erhöhen, hat das Regiment eine Porzellans-Denkmal-Münze prägen lassen, die auf der Vorderseite eine Ansicht des geplanten Denkmals zeigt. Die Münze, die die Porzellanmanufaktur Meissen in verschiedener Ausführung — in braunem und weißem Porzellan — künstlerisch hochwertig ausgeführt ist, ist in der Buchhandlung von Walter Horemann, Heinrichstraße 5, zu haben.

**Das Landesmuseum für Sächsische Volkskunst, Asternstraße 1 beim Circus.**, lädt in den großen Saalen alle die zum Besuch ein, die eine kostspielige Reise nicht unternehmen können. Hier werden sie die sächsische Heimat und das Schaffen des sächsischen Volkes kennen lernen. Eine Anzahl Lauf- und Gehstrecken haben in letzter Zeit die Sammlung bereichert. Wie im vorigen Jahr haben alle die, die einen Blumenstrauß mitbringen, freien Eintritt. Dienstag, von 4 bis 6 Uhr und Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

**\* Beamtenakademie.** Freitag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet in der Oberrealsschule Seevorstadt eine Sitzung der Mitglieder des vorläufigen Hörerausschusses statt, zu der sämtliche Vertreter der angezögten Vereine um ihr Erscheinen gebeten werden.

**Städtische Kinderbewahranstalten und -orte.** Abweichend vom bisherigen Verfahren sollen in diesem Jahre verschwiegene die städtischen Kinderfürsorgeanstalten in denjenigen Stadtteilen, in denen nach den getroffenen Feststellungen ein Bedürfnis zum Offenhalten der Anstalten während der großen Schulferien vorliegt, geöffnet bleiben.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Das Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus und Schauspielhaus: Geschlossen. Neustädter Schauspielhaus: "Maurer und Schlosser" (58); Reitenda-Theater: "Der blonde Engel" (58); Central-Theater: "Börsenfeier" (58).

**Geheim-Akademie.** Im Alter von 57 Jahren ist der Geheim-Akademie-Rat Professor Dr. Heinrich Rubens, Direktor des Physikalischen Instituts der Berliner Universität und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, nach längerer Krankheit gestorben. Der ausgesuchte Hörer, der gleich seinem berühmten Lehrer August Kundt den Ruf eines glänzenden Experimentators genoß, hatte seit Paul Drude (1907) den Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Berliner Universität inne, nachdem er vorher mehr als ein Jahrzehnt an der Technischen Hochschule in Charlottenburg gewirkt hatte. Seine wissenschaftlichen Arbeiten sind zwar den verschiedensten Zweigen seiner Wissenschaft zugewiesen, die Augen auf die Physik und Wärmelehre nicht weniger als der Elektrizität und dem Magnetismus, das Bedeutendste aber hat er auf dem Gebiete der Strahlungsergebnisse und der Molekularphysik geleistet; hier bleibt ihm das unvergängliche Verdienst, durch seine Vorlesungen über das ultraviolette Spektrum und die Auffindung der von ihm genannten Röntgenstrahlen die leichten Zweifel an der Gültigkeit der elektromagnetischen Lichttheorie definitiv zu beseitigen. Die tiefere Erkenntnis der Beziehungen zwischen Licht und Elektrizität ist dadurch wesentlich gefordert worden.

**Werbungsausstellung in Hamburg.** Die Gruppe Hamburg des Deutschen Werkbundes wird anlässlich der Leibnizwoche Mitte August ihre erste Ausstellung abhalten. Sie eröffnet zu diesem Anlaß auf dem Gründplatz zwischen Dammtor-Gäß

Es sind dies folgende: Kinderbewahranstalten und -orte im Stadtteil Striesen; Wormser Straße 21; Striesen: Bärensteiner Straße 8; Cotta: Raimundstraße 5; Löbau: Wallstraße 18; Plauen: Röthnitzer Straße 4; Köthen: Raufest 4; Pieschen: Bürgerstraße 68; Straßenberge: Marienborstl 80. Kinder aus anderen städtischen Kinderfürsorgeanstalten, die mangels eines allgemeinen Bedürfnisses wie bisher während der großen Ferien geschlossen bleiben, können, soweit sie wirtschaftlich anstaltbedürftig sind und der vorhandene Platz ausreicht, in einer der obengenannten Anstalten oder wohl auch in einer offengebliebenen Privatanstalt Aufnahme finden.

Die Copiger Vogelwiese, die vom Sonntag bis Dienstag abgehalten wurde, hatte diesmal außerordentlich unter dem schlechten Wetter zu leiden. Dem Wundergut am Sonntag folgte am Montag ein den ganzen Tag über anhaltender Sturm, der so wütete, daß die Vogelstangen sich bogen und die Zelte und Buden bis ins innerste Mark erzitterten. Einzelne Buden wurden umgeworfen, Zelte und auch Fahrgeschäfte abgedeckt. Besonders schwer geschädigt wurde der Besitzer eines Fahrgeschäfts, dem die strohe Zeltplane durch die Gewalt des Sturmes in Stücke ging. Zu dem materiellen Verlust, den viele Dioramen erlitten, gesellte sich ein fast gänzlicher Ausfall an Einnahmen. Viele Verkaufsstände und Schanktablüsse mußten überhaupt geschlossen bleiben, da der Sturm sonst zu großen Schaden angerichtet hätte.

\* Gewarnt wird von der Kriminalpolizei vor einem angeblichen Landwirt und ehemaligen Offizier Stude, der durch Zeitungsinserate sich an einem gut rendierenden Fremdenheim oder dergleichen Unternehmen zu beteiligen wünscht und von den sich meldenden Interessenten Geduld zu erfordern habe. In dem einen Falle hat er 56.000 M. erlangt. Der Gauner hielt sich bis jetzt in der Hauptstadt in Mitteldutschland auf. Briefe ließ er sich postlagernd nach Eisenach, Bad Wildungen, Transfeld, Bremen, Bawern, Stendal, Magdeburg und Halberstadt schicken. Er wird wie folgt beschrieben: Ausgang der 50er Jahre, 170 Centimeter groß, rundes Gesicht, frisches Aussehen, Haare graumeliert, oben dünn, trug zuletzt grauschnaubige Frisur mit Mütze und dunkelblauem Pelz. Da nicht ausreichend ist, daß der Gauner auch Dresden einen Besuch abstattet, so warnt die Kriminalpolizei vor ihm und bittet, auseinanderfallende seine Reihenfahrt zu veranlassen. — Erneut gewarnt wird vor der vor einigen Tagen im Polizeibericht bekanntgegebenen treibenden Dienstperson, die auf erloschene Zeitungsinserate bei Herrschäfers Stellung nimmt und bei passender Gelegenheit unter Minnahme von Gold- und Silbersachen und Kleidungsstücken verschwindet. Die Unbekannte, die sich die Namen Bertrand Range, Bertrand Hellmann, Bertrand Uhlemann und Bertrand Helbig beilegt, ist etwa 18 Jahre alt, 180 bis 185 Centimeter groß, mit vollem Gesicht und blondem Haar.

In dem Raubanschlag in Kleinmachnow ist weiter zu melden, daß der 16jährige Sohn aus Bölkowitz eingestanden hat, die Tat allein an der Kaufmannsschule auf der Karl-Borries-Straße verübt zu haben. Weitere Anstifter kommen, wie er erst behauptet hatte, nicht in Frage. Er habe die Frau in deren Wohnung zu töten und zu verarbeiten versucht. Nur durch ihre kräftige Abwehr ließ der Täter, der sie bereits auf das Sofa niedergeworfen und gewürgt hatte, von Angst ergreifen den Mordplan fallen und flüchtete, ohne dabei erlangt zu haben.

Der nächste Vorlesungstermin für Laubfusse findet bereits am Sonntag, den 21. Juli, 1922, in der Laubfussehalle statt. Der Vorlesungstermin im August fällt aus.

Beiforscherauskunft Friedeckshain. Morgen, Freitag, abends 15 Uhr, im Hall-Etablissement Bellone, Wallstraße 10, Minchnerkommunismus. Thema: Reichsmietmietes und Ausländerbestimmungen.

An der 11. Rosen-Arena-Vorstellung fiel der 1. Hauptpreis in Höhe von 25.000 M. auf die Nr. 737 nach Dresden in die Staatsoperetteneinnahme von Alexander Hefel. Weiße Rose 1. Drauziner im kleinen Adler. Denie, Tonnetztag, abend findet die Entscheidung statt. Es sind den Beantwortern gelungen, die Wissensfrage Gatt Amberg, das zweite in der Teufelsküche schafft, die heute abend zu gewinnen 15.10 Uhr, und zwar wird es die beiden Thümminzane vorführen.

Mitropodie brachten in den Heizraum der katholischen Kirche in Nordhadt Cotta ein und schnitten die Bziehungen der Kircheleitung funktionsfrei ab. Der Schaden beträgt 3000 bis 5000 M.

— Pirna. Einen Raubüberfall verübten am Montagabend zwei Männer auf einen von Pirna nach Birkardswalde zurückkehrenden Mann auf der Landstraße hinter Auerbachsdorf. Der Überfallene wurde durch Messerstiche so erheblich verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Altenärzte räubten ihm die Uhr, während sie den Täufat mit vorher beindlicher Geldstrafe liegen ließen. Die Polizei ließ über das Fahrzeug des Überfallenen zurück.

— Leipzig. Der seit nunmehr drei Wochen dauernde Streit im Wirtschaftsgemeinde nimmt immer schärferen Charakter an. Truppen junger Burschen durchsuchen die Straßen und lärmten vor Gastwirtschaften, in denen sie Stichbretter verstecken. So kam es vor dem Hotel Hansemann in der Dauthardt-Straße zu einem Turm und einer großen Menschenansammlung, die nur durch Einschreiten der Polizei verstreut werden konnte. In der Gastwirtschaft Drei-Länder in der Magazingasse waren junge Burschen die drei großen Feuerwerke des Lokals ein und ergripen

von Nordamerika Dr. Balzer und den Schachmeister P. Bode, beide in St. Louis, zu Ehrendoktoren ernannt.

\* \* Kritik in der Zeitung des Wiener Burgtheaters? Wie die "Neue Freie Presse" erfährt, wird der Direktor des Wiener Burgtheaters Dr. Bildgauß nach den Sommerferien von seinem Posten scheiden. Wegen der Nachfolge werde gegenwärtig mit dem Burgtheaterpionier Paulsen verhandelt.

\* \* Neue Forschungen über die Entstehung des Weltkrieges. Der berühmte Heidelberg-Distoriker, Geheimrat Onden, ist augenscheinlich mit dem Studium der österreichischen Akten aus den Jahren 1866 bis 1879 beschäftigt. Onden erklärt, daß der Inhalt der Akten gezeigt ist, die Entstehung des Weltkrieges in einem ganz anderen Lichte erscheinen zu lassen als bisher.

\* \* Ein deutsches Volkstheater in Neu York. Berichten der "Neu Yorker Staatszeitung" aufgeht hat kürzlich der Ausschuß für deutsche Sprache und Kultur" der Vereinigten deutschen Gesellschaften der Stadt Neu York das Theaterproblem in Neu York von neuem behandelt. Man hofft, bei geeigneter Unterstützung des Planes durch das Deutsch-Amerikaner-Neu York den Aufbau eines ständigen deutschen Theaters in Neu York zu erreichen. Umgleich den früheren Theatervereinen, die ausschließlich der Unterhaltung eines deutschen Theaters dienen sollten, soll eine Theatergesellschaft entstehen, der die Gründung, Erhaltung und Verwaltung des Theaters obliegt.

\* \* Ein amerikanischer Werkbund. Die Ausstellung des deutschen Kunstuwerkes, die gegenwärtig im Museum zu Newark im Staate Neu York stattfindet, hat wichtige Folgen gezeitigt, wie dem "Ciccone" aus Neu York berichtet wird. Auf einer Versammlung, die im Anschluß an die Ausstellung veranstaltet wurde, beschloß man, auf die Gründung eines Kunstgewerbevereins einzugehen, und nahm eine Vereinigung aller am Kunstgewerbe Beteiligten in Aussicht. Es sollen also die Künstler und Fabrikanten in einem amerikanischen Werkbund zusammengefaßt werden, der sich den deutschen Werkbund zum Muster nimmt. „Kommt es während der nächsten Saison zu dieser Gründung?“ so schreibt der Verantwortliche, „so ist es auch möglich, daß der Aufruf der deutschen Werkbundes anlässlich der Neu Yorker Ausstellung zur Zusammensetzung geleistet wird, was einen großen moralischen Sieg deutscher Arbeit und Organisation darstellen würde, gleichgültig, ob das nun hier gleich öffentlich anerkennend werden würde oder nicht. Und ein solcher Sieg würde sicherlich nicht ohne wertvolle Folgen bleiben, wenn er mit Tatkraft und Klugheit weiterverfolgt werden würde.“

\* \* Literaturpreis der französischen Akademie. Für das heile im letzten Jahre von der Comédie Française auf-

dann die Flucht. Auch in dem Weinrestaurant von König & Heldig wurde nach einem tumult einer der großen Schauspielereien eingeworfen. Vor dem Thüringer Hof kam es ebenfalls zu Vorfällen.

— Bischofswerda. Berühmt wird seit Sonntag vormittag der zehn Jahre alte Schulknabe Erhardt Otto Claus. Er hat sich zur genannten Zeit aus der elterlichen Wohnung entfernt, um auf die Straße zu gehen.

— Ostritz (Vom). Ein eigenartiger Streit droht am

Sonntagabend gelegentlich der Tanzmusik in "Stadt Dresden".

Die Musiker forderten einen Preis auf Schlag.

## Herzensergiehungungen eines Auslands-Deutschen.

Deutschen.

Wir erhalten von einem Auslands-Deutschen, der in Zürich wohnt, die folgenden sehr beachtlichen Ausführungen: In der in- und ausländischen Presse mehren sich die Stimmen gegen das bisherige System der Ausländerbesteuerung durch einzelne Berufszweige. Allgemein wird anerkannt, daß eine angemessene Besteuerung der valuta-starken Ausländer gerechtfertigt ist, aber diese Steuer soll der Allgemeinheit, dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zugute kommen. Als eine Ungerechtigkeit, auch gegenüber anderen Geschäftszweigen, wird es empfunden, wenn nur einzelne Berufszweige, wie Hotels, Sanatorien, Käfer, den Fremden höhere Preise als den Einheimischen abnehmen.

Mit dem Schlagwort „Ausverkauf Deutschlands“ wird ein schändlicher Missbrauch getrieben. Wohl diese planlose private Ausländerbesteuerung führt, zeigt sie jetzt in Bayern, wo die Hotelwirtschaft infolge Ausbleibens der Ausländer schwer nocken ist und mit ihr auch viele andere Geschäftszweige. Der „Ausverkauf Deutschlands“ wird durch diese private und einseitige Besteuerung aber nicht aufgedehnt und auch nicht ausgeglichen. Einzig und allein eine angemessene staatliche Ausländersteuer, die der Allgemeinheit zugute kommt, kann einen Gegenwert für die billigen Leistungen an valutastarken Ausländern bieten. Vielleicht ließe sich eine solche Steuer durch die deutschen Konsulate im Auslande bei Erteilung des Einreisepasses in der Dauer des Staus entsprechen (monatlichen) Beiträgen erheben. In welcher Form aber eine solche Ausländersteuer erhoben wird, so darf sie nur von Ausländern, nicht auch von Auslands-Deutschen erhoben werden.

In Dresden gewährt die Staatsoper Inländern ermäßigte Preise, wogegen Ausländer den dreifachen Beitrag bezahlen müssen. Wegen dieser Besteuerung der Ausländer ist nichts einzubringen, da sie einem staatlichen Institute zugute kommt, soweit sie nur auf wirkliche Ausländer angewendet wird. Leider müssen über auch Auslands-Deutsche diesen Ausländersteuer zahlen. Auf eine Beschwerde gegen diese Ungerechtigkeit wird der kurze Bescheid ertheilt: „Sie haben Ihr Einkommen im Auslande, folglich müssen Sie auch Ausländerpreise zahlen.“ Mit dieser einfachen scheinbar folgerichtigen Erklärung ist die Frage aber nicht gelöst.

Es gibt viele Deutsche, die seit Jahrzehnten im Auslande leben müssen, weil im Vaterland kein Platz mehr für sie war, und die ihr Deutschtum trotz aller Anfechtungen bewahrt haben. Diese Auslandsdeutschen haben ihren Beziehungen hier noch Kapitalien in Form von Grundbesitz, Hypotheken, Geschäftsanteilen und nicht zuletzt während des Krieges aus Vaterlandsliebe gezeichnete Kriegsabzeichen u. a. in Deutschland. Wenn sie die Einfüsse aus diesen Beziehungen im Ausland beziehen, in Holland, Skandinavien, in der Schweiz oder Tschechien, so sind sie dort fast wertlos. Deutschland aber hat die entsprechenden Steuern, die der Auslands-Deutsche freilich zahlen muß, obwohl er sonst als Ausländer behandelt wird.

Es ist also für den Auslands-Deutschen wie für Handel und Industrie Deutschlands vorteilhafter, wenn diese in Deutschland erworbenen Einkünfte auch in Deutschland verbraucht werden. Außerdem haben diese Auslands-Deutschen während des Krieges eben wegen ihres Deutschtums in ihren Geschäften schwerer zu kämpfen und zu leiden gehabt, als die neutralen Ausländer, weil sie von der Entente auf die „Schwarzen Listen“ gesetzt und dadurch in ihren geschäftlichen Beziehungen gegenüber ihrer neutralen Konkurrenz außerordentlich behindert waren. Und jetzt müssen sie geschäftlich unter dem völligen Niedergang von Handel und Industrie und die lähmende Teuerung in den valutastarken neutralen Ländern leiden.

Eine große Zahl dieser Auslands-Deutschen in den neutralen Staaten hat aber nicht nur während des Krieges, sondern schon Jahrzehnte vorher ihre Zeit und Kräfte geheimnisvollen deutschen Zwecken gewidmet. Andere, soweit sie körperlich dazu fähig waren, sind unter Vernachlässigung ihrer Geschäfte in den Krieg gezogen, wieder andere haben das noch größere Opfer gebracht, ihre vielleicht schon im Ausland geborenen und erzogenen Söhne in den Krieg zu schicken, die sie als Krüppel zurück erhielten oder nicht wenige auch ganz verloren. Alle diese Auslands-Deutschen, die gewiß nicht zu den schlechten zählen, und die, an ihrer Heimat hängend, auch vor dem Kriege Deutschland regelmäßig besuchten, wurden nun wie jeder gelegentlich einmal in Deutschland schmarotzender Ausländer behandelt. Ist dies nicht eine himmelreichende Ungerechtigkeit? Wie verbitternd wirkt es, wenn ein solcher Auslands-Deutscher sich fragen muß: wofür habe ich mein Deutschtum bewahrt und für mein Deutschland auch die schwersten Opfer gebracht, wenn ich nun auch in meiner Heimat als Ausländer behandelt werde, nachdem ich Jahrzehnte im Auslande minderwertiges Rechtes war?

Die Gerechtigkeit erfordert es, daß jeder Auslands-Deutsche dieselben Vergünstigungen genießt, wie der Inländer, damit diese treuen Deutschen in ihren vaterländischen Gefühlen nicht gekränkt werden und dem Deutschtum schließlich nicht verloren gehen. Die Zahl solcher Auslands-Deutschen ist gewiß nicht so groß, daß der materielle Verlust bei Gleichstellung mit den Inländern schwer ins Gewicht fällt, während der ideale Verlust kaum zu verschmerzen wäre.

## Das Als-Ob im täglichen Leben.

Von Geheimrat Prof. Hans Baubinger-Halle.

Es ist ein Vorurteil, daß die Philosophie des Als-Ob eine hypermoderne Erfindung von mir sei; ich habe verschiedentlich gezeigt, daß fiktive Vorstellungswesen, d. h. bewußt falsche Als-Ob-Betrachtungen, in der Kulturgeschichte der Menschheit von jeher eine große Rolle spielen. So ist es auch ein Vorurteil, daß die Als-Ob-Betrachtung nur eine Sache der abstrakten Wissenschaft sei, sie spielt vielmehr auch im täglichen Leben eine gewaltige Rolle. Ich wähle mit Absicht ein fast banales Beispiel. Wer einen ihm unbehaglichen Besuch damit ablehnt, daß er dem an der Türe wartenden sagen läßt, er sei nicht zu Hause, oder wer, wenn er allein in seiner Wohnung ist, in solcher Lage auf die Tasel vor der Türe die Worte schreibt: „Nicht zu Hause“, macht über die Vorstellung falscher Tatsachen, keinen Betrug und keine Lüge, sondern er bedeutet sich einer berechtigten und allgemein anerkannten gesellschaftlichen konventionellen Fiktion. Er hat vielleicht schon einen anderen Besuch, dem er sich allein widmen muß, oder er steht in der Vorbereitung zu einem Vortrag, den er in einer Stunde halten muß, oder er schreibt einen eiligen und sehr wichtigen Brief, an dessen rechtzeitiger Abfertigung die schwersten Folgen hängen, oder er ist körperlich oder seelisch sehr angegriffen, ohne sich doch frank nennen zu können: fiktive, tausend Gründe, die andere nichts angehen und die man anderen nicht detaillieren kann, können uns das Recht geben und sogar die Pflicht auferlegen, den Besucher nicht zu empfangen. Aber gewissem zu werden, wenn der zu Besuchende zu Hause und nicht frank ist, ist überaus peinlich und direkt beleidigend. So hat man die gesellschaftliche Fiktion eingeführt, daß der Betreffende „nicht zu Hause“ ist. Letzterer handelt also so, als ob er nicht zu Hause wäre.

Ein Kind weiß ganz sicher, daß seine Puppe aus Porzellan, Leder, Sägemehl oder einem anderen Material besteht. Aber für das Kind ist die Puppe etwas Lebendes. Das Kind spricht mit seiner Puppe, als ob diese lebte, als ob sie Empfindungen und Bewegungen zeigte. Alles Spielen der Kinder, so z. B. auch wenn die Jungen „Käuber spielen“, beruht auf solchen bewussten Fiktionen. Es wäre ein großer Erziehungsfehler, vom Standpunkt der Logik aus die spielenden Kinder aus diesen „bewussten Selbstläuschen“, aus diesem selbst klar durchschaute Traumleben aufzuwecken, und nur ein roher Pedant könnte

## Turnen — Sport.

### Nadelstichpolitik über zweierlei Maß?

Einigen lästigen Turnern, die zufolge warmherziger dringlicher Einladung das großartige Turnfest des Deutschen Turnverbandes in Komotau besuchen wollten, wurde von einem dreiköpfigen tschechischen Streikkommando (Gendarmer mit aufgespanntem Dolonetz) der Einmarsch in Böhmen rundweg verweigert, trotzdem die Angehörienen mit amtlichem tschechischen Grenzausweis verliehen waren. Es seien besondere Bestimmungen erlassen worden, wonach ausser der Grenzverkehr für tschechische Ausländer freigestellt sei. Richtig! Wobei id. d. also wohl verstanden: nach dem Turnfest würde es voraussichtlich wieder gestattet sein, man sollte also bis dahin warten. Die betreffenden Turner wurden übrigens verwarnt, ja nicht etwa anderswo den Übertritt zu versuchen, denn die ganze Grenze werde überwacht. Selbstverständlich kann die tschechoslowakische Republik innerhalb ihres Gebietes jedoch Maßnahmen treffen, die sie für angemessen hält, auch ist die Sache an sich nicht weiter schlimm. Andererseits nur: wegen eines paar einzelner Turner sei sam infolge der katastrophalen Valonie, 1. tschechische Krone gleich 11 M., nur die eine oder andere Abordnung in Frage ein solches Nachhauen, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die die Deutschen im Böhmen zum guten Teile mit tragen müssen. Furchtete man etwa gar Aufzehr und Hochverrat? Das scheint es so. Einem unbefangen und nüchtern Urteilssenat bedünkt es im Gegenteil beinahe, als ob die betreffende verantwortliche Stelle sich durch Übereifer ein Armutszeugnis ererteilt hätte. Oder gar: Von Outgo redivivus?

Gegliedert mit die Rechte der Medaille. Beim 4. Sachsischen Kreisturnfest 1921 in Dresden waren gegen 3000 deutschböhmische Turner aktiv beteiligt. Sie erzielten größtes Erfolge, das doch sicher auch bedeutende Kosten verursacht — Kosten, die





